

presse

Nachhaltigen Tourismus als Chance für Entwicklungsländer fördern

*Gabriele Hiller-Ohm, tourismuspolitische Sprecherin;
Gülistan Yüksel, zuständige Berichterstatterin:*

Nachhaltiger Tourismus kann dazu beitragen, in Entwicklungsländern Infrastruktur aufzubauen, die lokale Wirtschaft zu fördern, Arbeitsplätze zu schaffen und damit die Armut der Bevölkerung zu reduzieren. Über das Engagement Deutschlands diskutierte der Ausschuss für Tourismus mit dem Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dr. Gerd Müller.

„Tourismus verbindet Kulturen, trägt zu Frieden und Verständnis in der Welt bei, schafft Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze. Im grenzüberschreitenden Reiseverkehr werden jährlich weit mehr als eine Milliarde Ankünfte und Tourismuseinnahmen von über einer Billion Euro gezählt. Gerade für Entwicklungsländer bietet nachhaltiger Tourismus enorme Chancen, lokale Wirtschaftskreisläufe in Gang zu bringen, Menschen vor Ort in Arbeit zu bringen und so Armut zu verringern. Die Bundesregierung unterstützt deshalb verstärkt Projekte mit nachhaltigen Tourismuseffekten in Schwellen- und Entwicklungsländern, wie den Kongo-Nationalpark, der 5.000 Menschen eine Existenz sichert.

Entscheidend ist, dass die lokale Bevölkerung einbezogen wird und von der Entwicklung profitiert. Dazu darf der Infrastrukturausbau nicht am Rande der Hotelanlagen oder Resorts enden. Lokale Vermarktungsketten für Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände sind unverzichtbar. Zwangseignungen und Vertreibungen müssen verhindert, die örtliche Kultur und Natur bewahrt werden. Es gilt, politisch auf die Einhaltung international anerkannter Sozial-, Umwelt- und Menschenrechtsstandards zu drängen. Hier

steht insbesondere die Tourismuswirtschaft in der Verantwortung, auch durch die Unterzeichnung des UNWTO-Ethikkodexes. Aber auch Reisende sollten hinterfragen, was sie mit ihren Reisen in die Zielländer bewirken. Dafür sind transparente Informationen notwendig, ob Urlaubsangebote nachhaltig sind.

Der Bund unterstützt zudem den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und Ausbeutung und fördert geeignete Maßnahmen in den Kooperationsländern. Urlauber müssen sich bei schweren Sexualdelikten auch vor deutschen Gerichten verantworten.“